



Netzwerk Türkei Working Paper

Netzwerk Türkei Working Paper No. 4

Sarkozys neues Konzept der Mittelmeerunion **- Strategien im Rahmen der europäischen Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik -**

Caner Aver
aver@zft-online.de
Essen 2007

Vorwort

Der neu gewählte Staatspräsident Frankreichs, Nikola Sarkozy, hatte sich in seinem Wahlkampf vehement gegen die Aufnahme der Türkei in die EU ausgesprochen, die seiner Ansicht nach nicht zur Europa gehört. Damit handelte er sich bereits den Widerspruch von Erweiterungskommissar Olli Rehn ein, der weiterhin für offene Verhandlungen mit der Türkei plädiert. Auch Bundeskanzlerin Merkel ist gegen den Beitritt der Türkei in die EU und hat das Modell der Privilegierten Partnerschaft als Alternative zum Beitritt in die Diskussion gebracht. Sarkozy hat nun seinerseits eine Alternative entwickelt, die stärker die französischen Interessen in Bezug auf die Begrenzung der Zuwanderer aus Afrika und den Maghreb-Staaten in den Blick nimmt und zugleich den EU-Beitritt der Türkei verhindern soll: das Modell der Mittelmeer-Union.

Generell ist unbestritten, dass die Erweiterung der EU – unabhängig der aufzunehmenden Staaten – eine Reform der internen Entscheidungsstrukturen voraussetzt. Ebenso unbestritten ist, dass der Umgang der EU mit seinen Nachbarn, die für einen Beitritt nicht in Frage kommen, regeln muss. Dazu wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik entwickelt, die eine engere Kooperation zwischen der EU und seinen Anrainerstaaten implementieren soll. Dass dabei die Beziehungen zu den Ländern des Mittelmeerraums eine besondere Priorität haben, steht ebenso wenig in Frage. Hier gibt es sicher noch Nachbesserungsbedarf. Doch kann weder die Mittelmeer-Union noch die Privilegierte Partnerschaft ein Ersatz des türkischen EU-Beitritts sein.

Der vorliegende Text beleuchtet die Hintergründe dieser Diskussion. Er geht dabei sowohl auf den Erweiterungsprozess der EU mit Blick auf die Türkei wie auf die EU-internen Reformnotwendigkeiten und die Debatte um die Identität Europas ein. Er beleuchtet die europäische Nachbarschafts- und Mittelmeerpolitik und stellt die „alternativen“ Konzepte von Merkel und Sarkozy und die dahinter stehenden Interessen vor, die zum Abschluss kritisch betrachtet werden.



Prof. Dr. Faruk Sen

Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien

Inhaltsverzeichnis

1.	Die Erweiterung der Europäischen Union	4
2.	Die Grenzen der Erweiterung und die Notwendigkeit einer EU-Verfassung.....	6
3.	Frage einer europäischen Identität.....	8
4.	Die europäische Nachbarschaftspolitik	11
5.	Europäische Mittelmeerpolitik	13
6.	Modelle und Instrumente der Europäischen Erweiterungspolitik - Perspektiven für Beitrittskandidaten.....	17
6.1.	Privilegierte Partnerschaft	18
6.2.	Mittelmeerunion	19
6.3.	Maghrebischer Blickwinkel.....	21
7.	Französische Interessen	23
8.	Kritik	26
9.	Fazit.....	28
10.	Vergleichende Statistiken der Maghrebstaaten	31

1. Die Erweiterung der Europäischen Union

Der Aufbau und Ausbau der Europäischen Gemeinschaft nach dem Zweiten Weltkrieg diente immer politischen Zielen, dessen Vehikel die Wirtschaft war.¹ Bereits der Gründungsvertrag der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion) nannte das Doppelziel, *"durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren"*². Sowohl wirtschaftlich als auch historisch ist die europäische Integration eine Erfolgsgeschichte, die nicht zuletzt auch durch die längste Friedensphase der jüngeren mitteleuropäischen Geschichte unterstrichen wird.

Nach dem Ende der Teilung Europas durch den Zerfall des Warschauer Paktes und der Auflösung der Sowjetunion bot die Erweiterung der Europäischen Union nach Osten und Südosten die einmalige Chance, am Erfolg der europäischen Integration auch jene Staaten zu beteiligen, die bisher keinen Anteil daran haben konnten. Daher können die Erweiterungen auch als Vollendung der Europäischen Union oder Vereinigung Europas betrachtet werden. Im März 1998 begann mit 13 beitragswilligen Ländern der formale Beitrittsprozess, der 2007 zu einem einheitlichen Wirtschafts- und Rechtsraum für über 450 Millionen Menschen aus 27 Mitgliedsstaaten führen sollte.

Durch den EU-Gipfel von Nizza im Dezember 2000 gab es einen konkreten Fahrplan für den Beitritt neuer Mitglieder. Die erste große Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union wurde damit unterzeichnet, am 1. Mai 2004 wurde die erste Stufe der Osterweiterung vollzogen. Die zweite Osterweiterung durch die Aufnahme Bulgariens und Rumäniens wurde auf dem Gipfel für den 1. Januar 2007 vorgesehen und inzwischen realisiert. Auf Druck Österreichs wurde nach der zweiten Erweiterungsrunde als Kriterium für weitere Aufnahmen neben den seit 1993 bestehenden Kopenhagener Kriterien³ die Prüfung der EU-Aufnahmefähigkeit in den Rahmenvertrag aufgenommen.

¹ Bertelsmann Verlag (Hrsg.) 1998, S.103.

² www.europa-wird-bunter.de.

³ Diese "Kopenhagener Kriterien" sind eine durch die Institutionen des Beitrittslandes abgesicherte Garantie für die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und der Schutz der Minderheiten, eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb der Union standhalten, sowie die Übernahme der Verpflichtungen, die aus der EU-Mitgliedschaft erwachsen, wozu auch die Ziele der Wirtschafts- und Währungsunion und der Politischen Union. Vgl. Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), 1999; S.165.

Weitere Balkan-Staaten wie auch die Türkei warten bis dato noch auf einen genauen Fahrplan zur Integration in die EU. Kroatien hat seit 2004 den Status eines Beitrittskandidaten, die Türkei seit 1999. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei begannen im Oktober 2005. Bis 2014 ist eine aufgrund des bereits beschlossenen EU Haushaltes kein Beitritt möglich. Daher wird unter Bezug auf die Ergebnisse der Fortschrittsberichte über eine Aufnahme der Türkei erst 2014 erneut verhandelt. Die Ukraine und Weißrussland haben inzwischen ebenfalls ihren Wunsch auf Beitritt angemeldet.

Die Entscheidung, ob es zur Aufnahme neuer Mitglieder in die Europäische Union kommt, trifft der Rat, in dem die Regierungen der Mitgliedstaaten in der Regel durch ihre Minister vertreten sind. Der Vorsitz dieses Ministerrats vertritt die von den Mitgliedstaaten vereinbarten Verhandlungspositionen. Jeder Beitritt muss nach gültigem EU-Recht vom EU-Rat einstimmig beschlossen werden. Das Europäische Parlament wird regelmäßig vom Fortgang der Verhandlungen unterrichtet und muss den ausgehandelten Beitrittsverträgen zustimmen. Ohne Zustimmung des Parlaments kann kein Beitritt erfolgen. Im Rahmen des aktuellen Entscheidungsprozesses zur Aufnahme neuer Mitglieder müssen alle 27 EU Staats- und Regierungschefs zustimmen.

Im Falle der Türkei muss daher die Zypernfrage vollständig geklärt sein, da Zypern als Mitgliedland durch sein Veto den gesamten Beitrittsprozess blockieren kann und vor Beendigung des Konfliktes ein Beitritt der Türkei nicht möglich ist.

Durch das Scheitern der Verfassung und die Beitrittswünsche weiterer Staaten wurde die Diskussion innerhalb der EU um die Integration neuer Mitgliedsstaaten, die Grenzen des Wachstums der Union, ihrer Aufnahmekapazität, ihrer kulturellen und religiösen Identität und nicht zuletzt um die Frage, wohin die EU zukünftig steuern wird, entfacht. Insbesondere der Beitrittskandidatenstatus der Türkei hat die Frage nach der Identität der EU neu aufgeworfen.

Einige Mitgliedstaaten der Union wie Deutschland und Frankreich, aber auch Österreich und Dänemark und stehen dem Beitritt der Türkei skeptisch gegenüber und plädieren für eine alternative Anbindung der Türkei an die EU im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik wurde entwickelt, um die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarstaaten nach einem einheitlichen Regelwerk zu gestalten und ein Instrumentarium für den Umgang mit Nachbarstaaten und mit Staaten ohne Beitrittsperspektive zur Verfügung zu haben. Derartige alternative Instrumentarien (einschließlich privilegierter Partnerschaften oder Mittelmeerunion) zur formellen Bindung beitragswilliger oder Nachbarstaaten an die EU werden während des gesamten Beitrittsprozesses der Türkei in die EU thematisiert werden.

2. Die Grenzen der Erweiterung und die Notwendigkeit einer EU-Verfassung

Die EU ist mit den letzten beiden Erweiterungen von 2004 und 2007 zu einer Gemeinschaft mit 27 Mitgliedsstaaten angewachsen. Über 450 Mio. Menschen leben in der EU, immer mehr Politikbereiche des täglichen Lebens werden durch die Organe und Institutionen der EU bestimmt. Für ein funktionierendes EU-System sind nunmehr Instrumente und Regelwerke notwendig. Durch die Verträge von Maastricht (1993), Amsterdam (1999) oder Nizza (2003) hat die EU mehrmals versucht, ihren Aufbau und ihre Strukturen zu reformieren, jedoch konnten diese Verträge den Platz einer EU-weiten Verfassung nicht einnehmen.⁴

Nach einhelliger Meinung ist eine erneute Erweiterung der EU ohne eine Neustrukturierung der internen Entscheidungsmodalitäten kaum möglich, schon jetzt wird deutlich, dass die notwendige Einstimmigkeit für Entscheidungen kaum mehr herzustellen ist. Daher zählt zu den Vorbedingungen der Aufnahme weiterer Mitglieder die Neuregelungen der Entscheidungsstrukturen, die über eine EU-Verfassung erzielt werden soll.

Die Regierbarkeit der Union soll nicht durch einzelstaatliche Interessen behindert werden. Der Verfassungsvertrag⁵, der 2005 zur Ratifizierung in die nationalen Parlamente eingebracht wurde, sollte festgelegte und durchschaubare Kompetenzen definieren und dadurch die Arbeit der EU-Institutionen und Organe effizienter gestalten. Besonders sollte der Verfassungsvertrag die Entscheidungsstrukturen in den Institutionen, die Gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP), die Stärkung der Wirtschaftskraft durch einen kontinentalen Binnenmarkt, die Sicherung der EU-Außengrenzen, die gemeinsame Umweltpolitik in grenzüberschreitenden Fragen, die Gemeinsame Währungspolitik, die Regelung der Einwanderungs- und Asylpolitik und die Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens regeln.

Der Ratifizierungsversuch eines Verfassungsvertrages, der im Wesentlichen ohne die Beteiligung der Bevölkerung ausgehandelt wurde, in Frankreich und in den Niederlanden durch Volksabstimmungen im Frühjahr 2005 endete mit der Ablehnung in beiden Staaten. Die Verfassung, die die Regierbarkeit der Union durch ein qualifiziertes Mehrheitswahlrecht sicherstellen sollte, war gescheitert. Damit wurde deutlich, dass die Aufnahme weiterer europäischer Staaten in die EU nunmehr nach der zweiten Osterweiterung 2007 verlangsamt bzw. ausgesetzt werden sollte.

⁴ Siehe zu EU Verträgen: http://europa.eu/abc/treaties/index_de.htm. 14.6.2007.

⁵ Europäischer Konvent, Entwurf eines Vertrages über eine Verfassung für Europa. Brüssel, 18. Juni 2003. Siehe auch unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/verfassungsentwurf2003.pdf>. 14.6.2007.

Seitdem liegt die Verfassungsfrage auf Eis. Mit der Wahl Nicolas Sarkozys zum französischen Präsidenten im Mai 2007 ist die Diskussion um eine EU-Verfassung neu entfacht. Sarkozy hatte in seinem Wahlkampf versprochen, einen so genannten Mini-Verfassungsvertrag zu entwerfen, der durch einen einfachen Parlamentsbeschluss ratifiziert werden kann, ohne eine Volksbefragung abzuhalten. Für den Fall einer Neuauflage eines modifizierten Vertrages zu einem „Minivertrag“ durch Sarkozy wollen auch die Niederlande den Vertrag nicht einer Volksabstimmung aussetzen und nur im Parlament ratifizieren. Nach den Vorstellungen der deutschen Bundeskanzlerin soll der neue Verfassungsvertrag in den nationalen Parlamenten 2008 ratifiziert werden, damit dieser mit den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 in Kraft treten kann.

Innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten gibt es zum Thema Verfassung unterschiedliche Meinungen. Besonders Großbritannien geht es darum, im Rat künftig möglichst wenige Angelegenheiten per qualifizierte Mehrheit entscheiden zu lassen. Was den Beitritt der Türkei angeht, so lehnt Frankreich wie Deutschland den Beitritt ab. Großbritannien betrachtet den Beitritt unter sicherheitspolitischer Perspektive und ist demnach für einen Beitritt.

Ein weiterer konfliktträchtiger Punkt im bisherigen Verfassungsentwurf ist die Rolle der Bevölkerungszahl des jeweiligen Mitgliedslandes bei Entscheidungsfindungen. So wäre die Türkei nach geltenden EU-Regularien mit ihrer Bevölkerungszahl (2007: ca. 75 Mio. Einwohner) nach der Bundesrepublik Deutschland das mächtigste Land in der EU. Frankreichs Rolle wäre dadurch zurückgedrängt. Infolgedessen wird ein Referendum in Frankreich für eine Aufnahme der Türkei in die EU während der Amtszeit von Sarkozy kaum erfolgreich sein. Wie Deutschland lehnt auch Frankreich den türkischen Beitritt ab. Sarkozy hat in seinem Wahlkampf betont, wie einst die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, dass er sich eine Europäische Union ohne die Türkei vorstelle und ihr eine andere Alternative als eine Mitgliedschaft anbieten werde. Merkel sprach von einer privilegierten Partnerschaft, Sarkozy von einer Mittelmeerunion, in der die Türkei Mitglied werden sollte. Europa müsse nun ihre politischen und kulturellen Grenzen definieren, innerhalb derer die Türkei keinen Platz habe.

3. Die Frage einer europäischen Identität

Die Verleihung des Beitrittskandidatenstatus an die Türkei 2005 hat neben der Diskussion um die interne Struktur und die Regierbarkeit der EU eine Grundsatzdebatte um die Identität Europas innerhalb der EU ausgelöst, die auch in die Diskussion um die Verfassung eingeflossen ist. Insbe-

sondere die Konservativen Regierungen und Parteien in der EU plädieren in jüngster Zeit wieder stärker für eine kulturelle Abgrenzung der EU. Wie stark sollen oder können die christlich-abendländischen Wurzeln in die geplante Verfassung aufgenommen werden? Und inwieweit können Länder, die nicht im engeren Sinn zum christlich-abendländischen Kulturkreis zählen, in die EU aufgenommen werden?

Die Frage der europäischen Identität hat Sarkozy während seines Wahlkampfes zum französischen Staatspräsidenten immer wieder stark betont – sie bedürfe einer Klärung und Definition. Sarkozy will räumliche Grenzen ziehen, um dadurch eine stabile politische Einheit zu erreichen. Die EU sei nicht nur ein Wirtschaftsraum, sie sei eine Wertegemeinschaft, in der die Staaten nach demokratischen Regeln regiert werden. Da die Türkei ein asiatisches Land sei, habe sie keinen Platz in der EU.

Die christlichen Wurzeln der europäischen Völker wurden durch die Gründungsväter der Europäischen Gemeinschaft als das verbindende Element in den Vordergrund gestellt, um aus einer Gemeinsamkeit heraus langfristig eine Einheit zu bilden. Als wesentliche identitätsstiftende Elemente Europas werden in der politischen Diskussion der geographische Raum, die Kultur und Religion sowie daraus abgeleitet die Wertegemeinschaft definiert.⁶ Doch gerade mit diesen Definitionen stellt sich die Abgrenzung Europas als schwierig dar: Zur geographischen Definition Europas werden natürliche Grenzen wie Flüsse, Meerengen oder Gebirge herangezogen. Im Norden bildet die Arktis die Grenze, im Westen der atlantische Ozean, im Süden das Mittelmeer bzw. die Meerengen Bosphorus und die Straße von Gibraltar und im Osten das Uralgebirge und der Kaukasus.

Nach der geographischen Definition liegen die Türkei und Russland zu einem Teil in Europa und mit ihrem größeren Teil in Asien. Zypern wie die Kaukasusstaaten liegen demnach nicht in Europa, sondern in Asien. Nach der Erklärung des Europarates von 1960 kann eine Definition Europas nicht nach physisch-geographischen Kriterien folgen, sondern nur nach humangeographischen Kriterien wie Besiedlung, Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik.

Doch auch unter dem kulturellen Aspekt ist die Abgrenzung Europas schwierig. Das Christentum ist die dominierende Religion in Europa, die sich besonders gegen die osmanischen Expansionsbestrebungen als einheitliches und bindendes Element der europäischen Völker herauskristallisiert hat. Samuel Huntington geht von der These aus, dass eine Grenzziehung aufgrund geographischer Faktoren nicht möglich sei, vielmehr seien Faktoren wie Religion und Kultur und die gemeinsame Geschichte der Völker Europas als Kriterien für eine Abgrenzung rele-

⁶ Siehe zu Identitäten u.a.: Lesly Bodi von Röhrig: Literatur, Politik, Identität, in: Astrid Erll, Marion Gymnich und Ansgar Nünning (Hg.): Literatur - Erinnerung - Identität: Theoriekonzeptionen und Fallstudien. ELK - Studien zur Englischen Literatur- und Kulturwissenschaft Band 11. Universitätsverlag GmbH, Oktober 2002.

vant.⁷ Huntington geht in seiner Grundthese davon aus, dass die fundamentalen Grundlagen von internationalen Konflikten in der „neuen“ Welt – nach dem Zusammenbruch des Ostblocks – nicht primär ideologischer oder ökonomischer Natur sein werden, sondern die Kultur den dominierenden Konfliktstoff der Menschheit in der Gegenwart und in der Zukunft darstellen wird. Die *“Kollision der Zivilisationen wird globale Politik bestimmen, die Bruchlinien zwischen Zivilisationen werden die Konfliktlinien der Zukunft bilden.”*⁸ Die Türkei bildet als säkularer Staat mit mehrheitlich islamischer Bevölkerung in Huntingtons Theorie eine Ausnahme. Er bezeichnet die Türkei als eine westlich orientierte Subdivision, welche in der islamischen Welt westliche Interessen vertreten würde. Die Kulturkonstruktion von Huntington würde also eine Integration der Türkei in die EU aufgrund ihrer stabilen Westorientierung erlauben.⁹

Auch in der Praxis zeigen sich die kulturell-religiösen und geographischen Definitionen als wenig stringent. Im Falle der Aufnahme Zyperns in die EU wurde statt der geographischen die kulturell-religiöse Definition vorgezogen. Zypern wird aufgrund seiner geographischen Randlage an den Außengrenzen Europas und seiner griechisch-orthodoxen Bevölkerungsmehrheit im südlichen Teil der Insel (der Nordteil Zyperns wird von türkischen Bewohnern islamische Glaubens besiedelt sind. Südzypern wird als Vertretung der gesamten Insel in Brüssel betrachtet) als europäisches Land betrachtet. Zypern hat eine wichtige Funktion in der hellenistischen Ideologie des Megali Idea (Großgriechenland), in dem das Mutterland Griechenland ein fundamentales Element der europäischen Geschichte darstellt¹⁰. Europas Grenzen wurden im Fall Zyperns nach religiös-kulturellen und (sicherheits-)politischen Motiven gezogen, eine geographische Definition spielte dabei keine Rolle. Die Entscheidung zur Aufnahme Zyperns als geographisch asiatisches Land wurde durch die Koppelung an die EU-Osterweiterung vollzogen, denn Griechenland hatte seine Zustimmung zur Osterweiterung an die Aufnahme Zyperns geknüpft.

Im Fall Bosnien-Herzegowinas mit einem muslimischen Bevölkerungsanteil von 51 % und Albaniens mit über 70% muslimischer Bevölkerung, deren Beitritt in die Union nach 2014¹¹ erneut auf den Plan kommen wird, spielen die kulturell-religiösen Faktoren keine Rolle in der Diskussion. Hier werden als Pro-Argumente die geographische Lage, die überschaubare Größe der Länder wie auch der geringe Bevölkerungsanteil an der Gesamtbevölkerung Europas herangezogen. Eine strukturelle Integration dieser Länder in die EU wäre weitaus einfacher als die der Türkei.

⁷ Vgl. Samuel Huntington, Kampf der Kulturen. 2002, siehe Karte S. 253.

⁸ Vgl. Samuel Huntington, Kampf der Kulturen, 1993, S.22.

⁹ Vgl. Samuel Huntington, Kampf der Kulturen, 1993, S. 39 ff.

¹⁰ Vgl. Dabaq, Mihran; Sen, Faruk; Yiallourides, Christodoulos: Der Griechisch-Türkisch - Zypriotische Konflikt als Modellkonflikt. Athen – Bochum – Bonn 1986, S 31 ff.

¹¹ Die EU Haushaltsplanung sind bis 2014 aufgestellt. Bis dahin ist ein Beitritt nicht möglich.

Der Türkei wurde 1999 auf Grundlage der Kopenhagener Kriterien trotz der religiös-kulturellen Unterschiede der Status des Beitrittskandidaten 1999 verliehen. Nun wird dieser Status aufgrund der stärkeren Betonung des kulturellen Paradigmas durch die Konservativen in der Europäischen Union wieder in Frage gestellt.

Doch definiert die EU ihre Grenzen und ihre Identität durch einen Mix an Argumenten, die je nach politischer Lage interpretiert werden kann. Sie hat zwar in ihrer offiziellen Politik die Kopenhagener Kriterien für einen Beitritt aufgestellt, die jedes Bewerberland für eine Vollmitgliedschaft erfüllen muss, nur werden die Kriterien im Einzelfall unterschiedlich gewichtet.

Die Klärung und Definition der europäischen Identität ist zur Herausbildung der Gemeinschaft und des Wir-Gefühls auch unter der Bevölkerung gerade mit Blick auf die Notwendigkeit einer Verfassung nicht unwichtig. Der derzeit praktizierte Mix von Integrationsfaktoren ermöglicht je nach politischer Ausrichtung die Heranziehung unterschiedlicher Argumente für oder gegen die Aufnahme neuer Staaten. Diese Praxis ist aber weder für die Bürger, noch für die EU-Staaten und schon gar nicht für die Beitrittskandidaten oder –willigen ein identitätsstiftender Weg.

4. Die europäische Nachbarschaftspolitik

Um die Beziehungen der EU zu den Nachbarstaaten jenseits der Mitgliedschaft regeln zu können, wurde die Europäische Nachbarschaftspolitik entwickelt. Einzelne Mitgliedsstaaten haben darüber hinaus für beitriftswillige Staaten Modelle entwickelt, die anstelle einer Mitgliedschaft treten sollen. Dies gilt besonders für die Türkei, Weißrussland und die Ukraine. Der Türkei wurde hierzu durch die deutsche Bundeskanzlerin eine privilegierte Partnerschaft angeboten, der französische Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy entwickelte das Modell der Mittelmeerunion, indem die Türkei eine tragende Säule übernehmen sollte. Sarkozy und auch Merkel wollen dadurch die Frage der Aufnahme- und Integrationsfähigkeit der Europäischen Union besonders nach der zweiten Osterweiterung in die öffentliche Diskussion der EU tragen. Bereits im Wahlkampf hatte Sarkozy dargelegt, dass er die Entwicklung der EU in einer anderen Richtung sieht als es in manchen Verträgen ausgearbeitet wurde. Die Türkei spiele in seiner EU-Perspektive keine Rolle und wird in diesem Konzept mit weiteren Anrainerstaaten des südlichen Mittelmeeres gleichbehandelt, für die das Modell der Mittelmeerunion konstruiert wurde.

Im März 2003 legte die Europäische Kommission eine Mitteilung zur neuen EU-Nachbarschaftspolitik (ENP) mit dem Titel „Wider Europe – Neighbourhood: A new Framework for relations with our Eastern and Southern Neighbours“ vor.¹² Vor dem Hintergrund der Osterweiterung 2004 ging die Kommission von zwei Feststellungen aus: Zum einen könne sich die EU nicht endlos erweitern; zum anderen sollte der Eindruck vermieden werden, die EU ziehe in Europa neue Trennlinien. Die neue europäische Nachbarschaftspolitik sollte sich in der Form eines „win-win game“ entwickeln. Die EU würde Sicherheit an ihren Grenzen und eine Verbreitung ihrer Grundwerte gewinnen, während ihre Nachbarn verstärkt an die EU gebunden würden und dadurch eine stärkere Integration zur EU erhielten. Um ein einheitliches Instrument zu haben, mit der die EU eine perspektivische Nachbarschaftspolitik betreiben kann, wurde ein Strategiepapier entwickelt, indem die Ziele und Instrumente definiert wurden.¹³

Hintergrund der ENP ist die Unterschiedlichkeit der Anbindung der europäischen Nachbarstaaten an die EU. So sind die westlichen Balkanstaaten und die Mittelmeeranrainerstaaten im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und des Barcelona-Prozesses mit der EU institutionell verbunden. Diese Instrumente sind auch Teil der ENP. Zugleich steckt die enge Kooperation im Osten Europas oder mit den Kaukasusstaaten noch in den Anfängen.

Die ENP hat ihren Ursprung im EUROMED-Abkommen des Barcelona - Prozesses, der bis 2013 verlängert wurde. Die ENP richtet sich an Nachbarländern, die keine Beitrittsperspektive haben. Ihnen sollen durch eine stärkere Kooperation Unterstützung bei der Stabilisierung ihrer Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gewährt und die Zusammenarbeit in diesen Bereichen mit der EU intensiviert werden. Dadurch soll eine wirtschaftliche und politische Integration der Partnerländer mit der EU erreicht werden, was allen Beteiligten in Bezug auf Stabilität, Sicherheit und Wohlstand enorme Vorteile bringen würde.¹⁴ Seit 2007 greifen die Europäischen Nachbarschaftsinstrumente¹⁵, die in den Nachbarländern Projekte finanzieren. Mit den Projektgeldern aus Brüssel sollen primär die Wirtschaftsreformen und Strukturanpassungen finanziert werden. die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an Kooperation bedeutet.

Inhaltlich setzt sich die ENP die Wahrung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Marktwirtschaft auf ihre Agenda. Die EU verpflichtet sich, bei der Prävention und Beilegung von regionalen Konflikten eine Mitverantwortung zu übernehmen. Die illegale

¹² Vgl.: Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. Titel „Wider Europe – Neighbourhood: A new Framework for relations with our Eastern and Southern Neighbours“, COM (2003) 104 final, Brüssel 2003.

¹³ Vgl. Mitteilung der EU Kommission, Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier. (KOM 2004/373).

¹⁴ Vgl. Ebenda S. 8 ff.

¹⁵ Ebenda S. 7 ff.

Migration aus Drittländern, Menschenhandel und Terrorismus sind dabei wichtige Handlungsfelder. Die ENP bezieht die Ukraine, Weißrussland, Moldawien, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Syrien, Libanon, Israel, Palästinensische Autonomiebehörde, Jordanien, Ägypten, Libyen, Marokko, Algerien und Tunesien ein. Staaten, die eine Beitrittsperspektive haben, werden in der ENP nicht aufgelistet. Daher fehlen in der obigen Liste die Balkanstaaten wie auch die Türkei.

5. Die europäische Mittelmeerpolitik

Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes und lange vor dem 11. September 2001 wurde die „Mittelmeerbedrohung“ durch die islamischen nordafrikanischen Länder von den südlichen Ländern der EU – besonders Frankreich, Italien, Spanien – als solche thematisiert. Diese wiesen auf die politische Instabilität, den wachsenden Einfluss des „Islamfaschismus“, die unkontrollierte demographische Entwicklung sowie auf die Risiken im Zusammenhang mit illegaler Einwanderung hin. Es entstanden die ersten politischen Reaktionen wie etwa die gemeinsame spanisch-italienische Initiative von 1990 für eine Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittelmeerraum. Nachdem der Europäische Rat in Lissabon (Juni 1992), Korfu (Juni 1994) und Essen (Dezember 1994) die Grundlagen einer euro-mediterranen Zusammenarbeit geschaffen hatte, wurde auf der Konferenz vom 27./28. November 1995 in Barcelona die Europäische Mittelmeerpolitik (EMP) durch die so genannte Erklärung von Barcelona ins Leben gerufen. So wurden die bislang unkoordinierten Initiativen in einem Gesamtkonzept, dem „Barcelona-Prozess“, zusammengeführt.

Ebenso bedeutsam für die weitere Entwicklung der EU-Außenpolitik war die neue EU-Sicherheitsstrategie vom 12. Dezember 2003 mit dem Titel „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“.¹⁶ Die vom Hohen Vertreter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) Javier Solana erarbeitete Strategie enthält europäische Antworten auf die neuen asymmetrischen Bedrohungen. Sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Stabilität der alten und neuen EU-Nachbarländer bilden einen zentralen Punkt der Strategie. Die wirtschaftliche Stagnation in den Staaten des Mittelmeerraums, soziale Unruhen und ungelöste Konflikte in der Region werden als Instabilitätsfaktoren genannt, deren Folgen die EU unmittelbar beeinflussen können (Flüchtlingsströme).

Durch das Nachbarschaftskonzept sieht die Kommission eine Verstärkung der EU-Außenpolitik besonders gegenüber ihren südlichen Nachbarn vor. Die Ziele sind ambitioniert („everything but the institutions“) und würden eine rasche Koordinierung bestehender Instrumente erfordern.

¹⁶ Vgl.: Ein sicheres Europa in einer sicheren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003.

Durch die neue EU-Nachbarschaftspolitik wird die EMP in einem übergeordneten Konzept integriert. Ziele dieses Konzepts sind der Aufbau eines gemeinsamen Binnenmarkts, eine gemeinsame Sicherheitspolitik gegen neue Bedrohungen wie etwa Terrorismus, illegale Einwanderung und Umweltfragen sowie regionale Kooperation und kultureller Austausch.

Ausgangspunkt der europäischen Mittelmeerpolitik war die unter den Mitgliedstaaten verbreitete Überzeugung, dass die Instabilität in der Mittelmeerregion nur durch eine langfristige und möglichst breite Politik zu überwinden sei. Zu diesem Zweck wurde die Mittelmeerpolitik, nach dem Vorbild der Schlussakte von Helsinki von 1975, auf ein Drei-Körbe-Modell aufgebaut: die politische und sicherheitspolitische Kooperation, die wirtschaftliche und finanzielle Partnerschaft, die vor allem die Errichtung einer Euro-Mediterranen Freihandelszone durch bilaterale Assoziations- und Kooperationsabkommen bis zum Jahr 2010 anstrebt, und die kulturelle und gesellschaftliche Partnerschaft.

Die euro-mediterrane Partnerschaft im Rahmen der EMP bezieht sich heute auf elf Länder - Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, den Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien, die Türkei, Zypern und die Palästinensische Autonomiebehörde. Seit der Stuttgarter Konferenz von 1999 verfügt Libyen über einen Beobachterstatus. Vor dem Hintergrund der Aufhebung der UN-Sanktionen gegen Libyen im September 2003 hat sich der damalige Kommissionspräsident Prodi beim „5+5 Gipfel“ im Dezember 2003 in Tunis für einen raschen EMP-Beitritt Libyens ausgesprochen.

Der Barcelona-Prozess wird auf multi- sowie bilateraler Ebene umgesetzt. Die Umsetzung der Agenda fällt der Euro-Mediterranen Konferenz der Außenminister und dem Euro-Mediterranen Komitee für den Barcelona-Prozess (Euro-Med Komitee) zu. Neben Libyen können Mauretanien und die Arabische Liga gelegentlich als Beobachter an den ministeriellen Treffen teilnehmen. Vertreter der USA hingegen werden nicht eingeladen.

Neben dem multilateralen Rahmen hat die EU spezifische bilaterale Strukturen gestaltet. Malta, die Türkei und Zypern hatten bereits in den Sechzigerjahren so genannte Assoziationsabkommen erster Generation geschlossen. Inzwischen sind Malta und Zypern (der südliche Teil Zyperns vertritt dabei auch den nördlichen [türkischen] Teil der Insel) seit 2004 EU-Vollmitglied.

Die Abkommen sehen hauptsächlich die Errichtung WTO-kompatibler Freihandelsnormen über einen Zeitraum von zwölf Jahren und eine verstärkte Zusammenarbeit bei der Bekämpfung illegaler Einwanderung vor. Die Operationalisierung der EMP wird schließlich von der Europäi-

schen Kommission übernommen. Für den Zeitraum 2000-2006 verfügt MEDA II über 5,35 Mrd. Euro zur Umsetzung ihrer Ziele.

Im Verhältnis zu den Herausforderungen der EMP erscheinen die Ergebnisse des Barcelona-Prozesses unbefriedigend. Die weitere Destabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens, der stagnierende Demokratisierungsprozess in den arabischen Staaten, die mangelhafte wirtschaftliche Entwicklung in Nordafrika und das gegenseitige Misstrauen auf beiden Ufern des Mittelmeeres sind Zeichen dafür, dass die Ziele der EMP längst nicht erreicht wurden. Insbesondere Sarkozy kritisiert den bisherigen Erfolg der EMP und sieht zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit große Differenzen. Er schlug eine neue Plattform der Kooperation der Mittelmeeranrainerstaaten vor – die Mittelmeerunion. In der Mittelmeerunion sieht Sarkozy auch eine mögliche Plattform, die Türkei institutionell an die EU zu binden, ohne ihr eine Vollmitgliedschaft anzubieten, die er strikt ablehnt. Eine vollständige Ausklammerung der Türkei aus der EU kommt auch für ihn aufgrund der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs, der Haltung der EU-Kommission und einiger EU-Mitgliedsstaaten, die dem Beitritt nach wie vor positiv gegenüber stehen, nicht in Frage. Letztlich wäre ein einstimmiger Beschluss notwendig, um die Verhandlungen mit der Türkei gänzlich abzubrechen.

Die Türkei soll nach Sarkozys Vorstellungen in der EMP eine zentrale Rolle übernehmen. Ankara ist sicherheitspolitisch im Westen durch die Mitgliedschaft in der NATO und als Teil der ESVP¹⁷ verankert, politisch (Europarat) und wirtschaftlich (Zollunion) ist sie an die EU durch ihren Status als Beitrittskandidaten gebunden. Insofern stellt die Türkei de facto bereits einen wichtigen und stabilen Partner für die EU im Mittelmeer dar.

Das Interesse Sarkozys an der europäischen Mittelmeerpolitik spiegelt die besondere Rolle der Maghrebstaaten für die französische Außenpolitik wieder. Aus der kolonialen Vergangenheit sind bleibende Strukturen entstanden, die das politische, wirtschaftliche und das kulturelle Leben in den Staaten prägen. So ist französisch neben arabisch quasi die Landessprache, Frankreich ist heute der wichtigste Handelspartner von Algerien, Marokko und Tunesien. Die große arabische (maghrebische) Gemeinschaft in Frankreich sowie Wirtschaftsinteressen Frankreichs in den Maghrebstaaten sind weitere Gründe für enge politische Beziehungen. Das Aufrechterhalten der französischen Sprache in der Region durch ihre Einbindung in die so genannte „Frankophonie“

¹⁷ Vgl. Sen, Faruk; Aver, Caner: Die Türkei und die Entwicklung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (ESVP), zft-aktuell Nr. 95, 08/2003.

gehört darüber hinaus zu den wichtigsten Zielen der französischen auswärtigen Kulturpolitik. All diese Gründe sprechen für privilegierte Beziehungen Frankreichs zu den Maghrebstaaten.¹⁸

Während seiner Amtszeit von 1995 bis 2007 hat sich Jacques Chirac bemüht, die Wiederbelebung der französischen Maghrebpolitik voranzutreiben. Frankreich unterstrich seine neue Maghrebpolitik durch drei Staatsbesuche in Algerien, Tunesien und Marokko im Jahr 2003. Besonders der Staatsbesuch in Algerien, der erste eines französischen Staatsoberhauptes seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1962, hatte in diesem Kontext eine große Bedeutung. Paris geht es primär darum, den Fokus der Europäischen Union auf Osteuropa durch ein engagiertes Auftreten im westlichen Mittelmeerraum zu relativieren. Die Staatsbesuche Chiracs sowie die regelmäßigen Besuche seiner Minister im Maghreb verfolgen hauptsächlich bilaterale außenpolitische Zwecke. Das Problem dieser Politik liegt jedoch in der Kompatibilität nationalstaatlicher Interessen mit denen der Europäischen Union.

6. Modelle und Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik

- Perspektiven für Beitrittskandidaten -

Die europäische Nachbarschaftspolitik wurde konzipiert, um die Länder an die Union zu binden, die keine Beitrittsperspektive haben. Die Türkei ist dort als Beitrittskandidat explizit nicht erwähnt, ist jedoch in die europäische Mittelmeerpolitik (EMP) und in das operative Programm MEDA II einbezogen. Sie hat somit in der europäischen Außenpolitik eine Sonderrolle.

Sowohl Angela Merkel als auch Nikola Sarkozy sehen in der ENP bzw. der EMP eine Möglichkeit zur Verhinderung des türkischen EU-Beitritts, den beide ablehnen. Angela Merkel entwickelte 2004 den Plan der „Privilegierten Partnerschaft“, den sie im Wahlkampf 2005 einsetzte, Nicola Sarkozy entwickelte während seines Wahlkampfes zum französischen Staatspräsidenten das Konzept der Mittelmeerunion, in der die Türkei eine zentrale Rolle einnehmen soll.

6.1. Die privilegierte Partnerschaft

Am 7. März 2004 haben die Unionsparteien beschlossen, ein Modell für die Türkei zu entwickeln, mit der anstelle einer Vollmitgliedschaft eine privilegierte Partnerschaft (PP) angeboten werden soll. In dem Papier wird die bereits bestehende enge Partnerschaft der Türkei mit der EU und dem westlichen Verteidigungsbündnis NATO unterstrichen. Auffallend ist jedoch der Vermerk,

¹⁸ Vgl. zur Frankophonie: Pierrot, Olivier: Die Rolle der Francophonie in den frankoafrikanischen Beziehungen, WVB, Wiss. Verl. Berlin, 2006.

dass die Türkei ein „islamischer Großstaat“ sei. Diese Definition der Türkei erweckt den Eindruck, dass die CDU die Türkei nicht als einen laizistischen Staat betrachtet und legt nahe, dass der gewünschte Ausschluss der Türkei aus der EU und die Konzipierung einer PP religiös-kulturell begründet ist.

Im Rahmen des PP soll mit der Türkei weit über die bisherige Kooperation hinaus zusammengearbeitet werden. In dem Papier werden Arbeitsbereiche wie die Schaffung einer ausgeweiteten Freihandelszone, die Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, die Förderung von Kleinen und Mittleren Unternehmen und die Kooperationen im Gesundheits- sowie im Bildungsbereich genannt, die noch ausbaufähig wären. Zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus könne die Zusammenarbeit der Institutionen des Innen- und Justizministeriums intensiviert werden. Darüber hinaus könne die Türkei verstärkt in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) einbezogen werden. Da die Türkei bereits Mitglied der ESVP und auch der NATO ist, ist unklar, was mit einer verstärkten Kooperation in der Sicherheitspolitik gemeint sein könnte.

Das Papier der Unionsparteien betont die Herausforderung der Regierbarkeit der EU durch die Osterweiterung von 2004. Demnach könne die EU keine weiteren Mitglieder mehr aufnehmen. Ausdrücklich wird seitens der CDU - wie auch von den französischen Konservativen - betont, dass die EU die Vertiefung statt der Erweiterung angehen solle. Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU würde die EU überfordern und es bestünde die Gefahr, dass sich die EU zu einer Freihandelszone rückentwickelt. Falls es zu einer Aufnahme von Beitrittsverhandlungen kommen sollte, so müssen diese ergebnisoffen geführt werden und auch eine Privilegierte Partnerschaft angeboten werden können.¹⁹

6.2. Mittelmeerunion (MMU)

„Mit dem Projekt der Mittelmeerunion will ich den Beziehungen mit den südlichen Mittelmeerstaaten einen neuen Schwung eine neue Dynamik verleihen, denn die Europäische Union hat ihre Anstrengungen in den letzten 15 Jahren eher auf den Osten konzentriert, und die Ziele des Barcelona-Prozesses sind nicht wirklich erreicht worden.. Hierbei geht es darum, dass die nördlichen und südlichen Mittelmeeranrainer gemeinsam - als ebenbürtig Partner

¹⁹ Vgl.: Privilegierte Partnerschaft. Die europäische Perspektive für die Türkei. Beschluss der Präsidien der Christlich Demokratischen Union und der Christlich - Sozialen Union 7.März 2004.

und nicht mehr einfach nach dem Prinzip der Entwicklungshilfe - die enormen Herausforderungen bewältigen, die sich uns stellen, um endlich das Nord-Süd-Gefälle zu verringern.“²⁰

Sarkozy verbindet das Thema Erschließung der südlichen Mittelmeerstaaten mit dem Thema der EU Grenzen. Um die wirtschaftlichen Ziele zu erreichen, müsse zuvor über das Thema der EU Grenzen Klarheit geschaffen werden. Der neue französische Präsident Sarkozy vertritt wie Merkel die Position, dass die EU nach der zweiten Osterweiterung klare Grenzen ziehen müsse, um die Regierbarkeit der EU-27 zu gewährleisten. Eine Vertiefung statt weiterer Aufnahmen sei das Ziel. Europa solle eine politische Einheit mit einer klaren Identität werden, daher seien Grenzen notwendig. Während der französischen Ratspräsidentschaft ab Juni 2008 möchte Sarkozy die Entwicklung und den Ausbau der Mittelmeerpolitik der EU in den Fordergrund stellen. Merkel ist in dem Punkt der engeren Kooperation mit den südlichen Mittelmeerstaaten einig, streitig sind jedoch die Instrumentarien.

Da die EU sich in den vergangenen Jahren zu sehr dem Osten zugewandt und die Mittelmeerregion zu sehr vernachlässigt habe, sei der Beitrittsprozess nicht mehr relevant. Nachdem mit der Osterweiterung insbesondere deutsche Interessen berücksichtigt worden seien, so Sarkozy, müsse es nun eine Schwerpunktverlagerung der EU-Außenpolitik auf den Mittelmeerraum bzw. auf die südlichen EU-Nachbarstaaten erfolgen.

Eine Wiederbelebung des Barcelona-Prozesses reiche jedoch nach Meinung Sarkozys nicht aus. Die Mittelmeerunion sollte nach Sarkozys Vorstellungen die Maghrebstaaten, die Türkei und die sechs Mittelmeerränderstaaten der EU (Spanien, Frankreich, Italien, Malta, Zypern, Griechenland) beinhalten.

Instrumente der Mittelmeerunion könnten sein:

- Regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs der beteiligten Staaten nach dem Modell der G8
- Errichtung eines Mittelmeerrates nach dem Modell des Europarates
- Entwicklung eines Systems gemeinsamer Sicherheit, das den nordafrikanischen Mitgliedern einen militärischen Beistand sichert.
- Zur Finanzierung von konkreten Vorhaben soll eine Mediterrane Investmentbank nach dem Vorbild der europäischen Kooperationsbank aufgebaut werden.

²⁰ Staatsbesuch vom 3.- 5. Dezember in Algerien. Siehe: <http://www.diplomatie.gouv.fr>, 11.12.007

Die MMU soll mittelfristig neben den genannten Staaten auch Israel und einige nicht näher benannte arabische Staaten aufnehmen. In Israel wurde die Idee einer Wiederbelebung eines Mittelmeerdialoges – sei es im Rahmen des bestehenden Barcelona-Prozesses oder im Rahmen der MMU – positiv bewertet. In Ägypten wird das Thema auf die Handelsebene reduziert, denn den arabischen Staaten geht die wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht schnell und offen genug, die EU lasse keinen ausreichenden Zugang zu ihren Märkten. Darüber hinaus wäre ein Forum im Mittelmeer notwendig, indem Konfliktpartner (Syrien, Israel, Palästinensische Autonomiebehörde) an einem Tisch sitzen könnten.

Wie Frankreich bereits plant, hat Portugal den Schwerpunkt ihrer Ratspräsidentschaft ab Juli 2007 auf den Süden gelegt, wie der portugiesische Präsident auf einem portugiesisch-marokkanischen Treffen im April 2006 angekündigt hatte. Besonders die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zu den Maghrebstaaten sollen ausgebaut werden. Auf dem EU – Afrika Gipfel im Anfang Dezember 2007 in Portugal wurde die Notwendigkeit einer engeren Kooperation zwischen der EU und dem afrikanischen Kontinent erneut unterstrichen.

Das Ergebnis des EU – Afrika Gipfels lässt sich auf beidseitige Absichten reduzieren. Die Vertreter der 27 EU Staaten und die der 53 afrikanischen Staaten haben beschlossen, einen Aktionsplan zu beschließen. Die bisherige Entwicklungspolitik nach dem Muster „geben und nehmen“ wird zugunsten eines partnerschaftlichen Verhältnisses aufgegeben. Dazu gehören Unterstützungen in Friedenseinsätzen und den Themen wie Migration oder Umwelt. Die afrikanischen Staaten lehnten darüber hinaus den Vorschlag der EU ab, wonach die Wirtschaftsbeziehungen nach dem Economic Partnership Agreements (EPAs) geregelt werden sollten. Die EPA wurde entwickelt, nach dem die WTO Verhandlungen 2003 in Cancun gescheitert waren. Bei dem Thema Menschenrechte sind ebenfalls Konfliktpunkte entstanden, bei denen die Parteien sich nicht einig waren.

6.3. Maghrebischer Blickwinkel zur Mittelmeerunion

Die Idee einer derartigen Union zwischen der EU und den nördlichen Staaten des südlichen Nachbarkontinents Afrika ist grundsätzlich ein konstruktiver Schritt für eine engere Kooperation. Im Zuge der Globalisierung werden Distanzen und Grenzen relativiert, so dass die Internationalen Beziehungen in einem modifizierten Blickwinkel zu betrachten sind.

Die Maghrebstaaten stehen der Idee, enger mit der EU sowie deren Mitgliedsstaaten zusammen zu arbeiten, als es bis dato der Fall ist, grundsätzlich positiv gegenüber. Dadurch kann Frankreich

seine Einflusszonen in Teilen des frankophonen Afrikas ausbauen und durch deren Anbindung an die EU auf der institutionellen Ebene stärker davon profitieren. Der Hinterhof Frankreichs – wie Ost- und Südosteuropa für die Bundesrepublik Deutschland – wäre durch diesen Schritt wirtschaftlich wie politisch erschlossen und auf eine sichere Kooperationsplattform transformiert. Hinsichtlich der Art und Weise der Kooperationsstruktur gibt es jedoch unter den Mitgliedsstaaten, die Teil der MMU werden sollen, viele Unklarheiten.

Marokko sieht seine Sonderstellung in der französischen Außenpolitik durch die enge Kooperation Frankreichs mit Libyen gefährdet. Bei dem dreitägigen Besuch Sarkozys im Oktober 2007 in Marokko hat sich der marokkanische König verhalten über die Idee einer MMU geäußert und auf vorhandene Strukturen verwiesen, die es zu intensivieren gelte. Trotz der unterschiedlichen Haltung Marokkos und Frankreichs zur MMU wurden Handelsverträge im Wert von 3 Mrd. € unterzeichnet, darunter auch Rüstungs-, Energie- und Infrastrukturprojekte. Besonderes Interesse zeigte Marokko an dem Vorschlag Sarkozys, mit allen Maghrebstaaten im Rahmen der zivilen Nutzung der Atomenergie zu kooperieren.

Algerien steht der Idee einer französisch dominierten MMU ebenfalls skeptisch gegenüber. Vor weiter reichenden Kooperationen erwartet Algerien von Frankreich eine offizielle Entschuldigung und in der Folge Wiedergutmachungen für die Gräueltaten der französischen Armee während des algerischen Unabhängigkeitskrieges.²¹ Sarkozys Aussöhnungsangebot an Algerien nach dem Muster der Kooperation im Rahmen der Montanunion und der späteren EU an Deutschland wird durch Algier entschieden abgewiesen.

Hinsichtlich Libyens gibt es heftige Kritiken aus unterschiedlichen Richtungen. Besonders die Opposition in Frankreich kritisiert die enge Kooperation mit dem bis vor einigen Jahren als Terrorist stigmatisierten libyschen Staatschef Gaddafi. Die Kompromissfähigkeit Gaddafis im Rahmen einer MMU wird stark in Frage gestellt. Darüber hinaus steht die Frage der Menschenrechte auf dem Plan. Gaddafi müsste zur Einhaltung der Menschenrechte Garantien geben. Für Gaddafi wäre eine engere Kooperation mit dem Westen, sei es im Rahmen der EU oder der MMU von Vorteil. Dadurch bekäme Libyen eine Plattform der politischen Rehabilitation in den Internationalen Beziehungen und könnte enger mit der EU auf wirtschaftlicher Ebene kooperieren.

²¹ Der algerische Präsident Bouteflika hat am 8. Mai 2005 in seiner Ansprache zum 60. Jahrestag der Massaker von Setif den französischen Kolonialherren Völkermord vorgeworfen, an dem Tag, an dem der Sieg über Nazideutschland bekannt gegeben wurde. Vgl. zur algerischen Unabhängigkeit u.a.: Herzog, Werner: Algerien. Zwischen Demokratie und Gottesstaat. München: Beck 1995
Ruf, Werner: Die algerische Tragödie. Vom Zerschneiden des Staates einer zerrissenen Gesellschaft. Münster: Agenda 1997

Bei dem Staatsbesuch des französischen Präsidenten im Dezember 2007 in Libyen wurden Handelsverträge im Wert von 10 Mrd. €, darunter Energie- und Infrastrukturprojekte, abgeschlossen. Selbst Libyen wurde eine Kooperation in der Nutzung der zivilen Atomenergie angeboten, was Irritationen in den Internationalen Beziehungen hervorgerufen hat.

7. Die französischen Interessen

Durch die Wahl des konservativen Präsidenten Sarkozy ist die MMU zu einem zentralen Schwerpunkt der Außenpolitik Frankreichs geworden. Dies resultiert aus zwei Gründen: Zum einen möchte Sarkozy die Türkei nicht als vollständiges EU-Mitglied einbinden, zum anderen sieht Sarkozy eine Lösung der Problemfelder Energie, Sicherheit und Kulturkampf (drohende Konfrontation mit islamischen Staaten) in seinem Hinterhof Nordafrika im Rahmen einer Plattform unter einem Dach. Im Rahmen einer straffer organisierten Struktur als sie der Barcelona-Prozess bietet, könne man durch konkrete Projekte die Staaten südlich vom Mittelmeer näher an die EU binden.

Die MMU wäre mit dem Zentrum Paris eine geeignete Möglichkeit für Sarkozy, beide Punkte auf eine gemeinsame Plattform zu übertragen und dort mit der EU, deren Rolle innerhalb der MMU nicht geklärt ist, zu kooperieren. Durch die MMU würde Sarkozys Frankreich seine Einflusszonen in Teilen des frankophonen Afrika ausbauen und durch die Anbindung an die EU bzw. an Teile der EU-Institutionen stark ausbauen. Dabei steht der Ausbau wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Einflusszonen im Mittelpunkt. Der Hinterhof Frankreichs wäre durch diesen Schritt auf eine sichere Kooperationsplattform transformiert.

Das Thema türkischer EU-Beitritt lässt sich nach Sarkozy auch im Rahmen der MMU lösen. Er bietet der Türkei eine tragende Funktion innerhalb der MMU und damit auch in der EU an, schließt aber von vorn herein den Beitritt der Türkei mit dem Verweis auf die kulturellen und religiösen Unterschiede zwischen der EU und der Türkei aus. Demnach könnte Sarkozy gleich mehrere Problemfelder unter einer, von der EU getragener Organisationsform platzieren.

Wirtschaftspolitik

„Um diese Herausforderungen bewältigen zu können, wird die Mittelmeerunion konkrete und effiziente Projekte in Gang setzen, und zwar in wichtigen Bereichen wie der Wirtschaft - ich denke an Investitionen und an den Be-

*reich Verkehr - , der nachhaltigen Entwicklung - ich denke dabei an Wasser und Energie, vor allem an die Entwicklung erneuerbarer Energien - und dem Humankapital - damit meine ich vor allem Bildung und Kultur.*²²

Um diese konkreten Projekte umzusetzen, hat Sarkozy bereits mit dem Besuch in Marokko im November 2007 den Ausbau der französischen Einflusszone weiter betrieben: Industriegüter, Verkehrsinfrastrukturprojekte, Energieprojekte wie Rüstungsgüter im Wert von drei Mrd. € wurden verkauft. Die französische Eisenbahngesellschaft Alstom hat den Zuschlag bekommen, eine 500 km lange Verbindung zwischen der marokkanischen Hauptstadt Rabat und Marrakesch im Süden zu bauen. Die Idee der Unterstützung des Ausbaus der Nutzung der zivilen Atomenergie durch französische Technik wird derweil überprüft. Gleichzeitig will Sarkozy auch dem ehemaligen „Terrorstaat“ Libyen zivil nutzbare französische Atomtechnik verkaufen und die Infrastruktur ausbauen. Insgesamt gehört der frankophone Raum im südlichen Mittelmeer zu den Kernmärkten der französischen Außenwirtschaft. So exportierten 2006 die drei Maghrebländer (Marokko, Tunesien, Algerien) nach Frankreich Waren und Dienstleistungen im Wert von über 17 Mrd. €, importierten aus Frankreich Waren und Dienstleistungen im Wert von 12,78 Mrd. €. Dabei spielen Industriegüter, Energie und Konsumgüter eine wichtige Rolle (s. Punkt 10).

Sicherheitspolitik

Sicherheitspolitisch will Sarkozy durch die MMU die Maghrebstaaten enger an die EU und dadurch an Frankreich binden. Hierbei sind zwei Punkte von zentraler Bedeutung: illegale Flüchtlinge aus Afrika und die „Bedrohung durch Fundamentalisten“.

Besonders Marokko gilt als das Tor für Flüchtlinge aus Afrika nach Europa. Mehrere zehntausend Flüchtlinge jährlich wagen den Versuch, illegal nach Europa zu gelangen, oft über die Kanaren oder die spanischen Exklaven Ceuta und Mellila. Um den illegalen Menschenhandel hat sich inzwischen eine Schattenwirtschaft entwickelt. Im Rahmen der geplanten Union sollte die illegale Einwanderung in die EU über die Maghrebstaaten erfolgreicher bekämpft werden. Frankreich ist besonders unter den frankophonen afrikanischen Staaten aufgrund der gemeinsamen Sprache als Zielland beliebt.

Im Falle der wahrgenommenen Bedrohung aus islamischen Ländern versucht Sarkozy, im Rahmen der MMU die im Mittelmeer relevanten sicherheitspolitischen Themen zu behandeln. Die Einbindung der Türkei und weiterer arabischer Staaten, Israels wie auch der südlichen EU-Staaten unter einem Dach bietet nach Meinung Sarkozys die Möglichkeit, durch die engere Ver-

²² <http://www.diplomatie.gouv.fr/de> 11.12.2007

flechtung Konflikte beizulegen. Die Türkei könne durch ihre Bevölkerungsstruktur, ihrem laizistischen Staatsystem und ihrer engen Bindung an die europäischen (Sicherheits-)Strukturen als Modell- und Vorbildstaat für die arabischen Staaten gelten, an dem sie sich orientieren könnten.

Energiepolitik

Zentrale Zukunftsfragen sind eindeutig Umweltpolitik und Energieversorgung. Letzteres steht ganz oben auf der außenpolitischen Agenda Frankreichs mit Blick auf die Maghrebländer. Algeriens Staatshaushalt stützt sich mit über 90% der Exporteinnahmen auf fossile Rohstoffe, an denen Frankreich ein besonderes Interesse hat. Frankreich möchte den algerischen Export von fossilen Rohstoffen durch Neuinvestitionen (Besuch im Dezember 2007) ausbauen und nach Frankreich lenken. Das gleiche Interesse gilt für Libyen, mit dem die wirtschaftliche Kooperation durch einen 10 Mrd. € Handelsvertrag beschlossen wurde. Frankreich versucht, die fossilen Energiequellen in Nordafrika zu erschließen und die französische Energieversorgung dadurch sicher zu stellen, gleichzeitig ist Sarkozy daran interessiert, zivil nutzbare französische Atomtechnologie in die Maghrebstaaten zu exportieren.

8. Kritik

Zwar ist die Idee einer Union zwischen der EU und den nördlichen Staaten des südlichen Nachbarkontinents Afrika grundsätzlich ein konstruktiver Schritt für eine engere Kooperation, es wird im zweiten Blick jedoch deutlich, welche konkreteren Absichten die französische Außenpolitik verfolgt.

Das Konzept der Mittelmeerunion birgt einige Konfliktpunkte. So ist das Leitmotiv Sarkozys die Schwerpunktverlagerung der EU-Außenpolitik vom Osten und Südosten in den Süden und Südwesten. Dabei geht es primär um die Unterbindung illegaler Einwanderung aus Nordafrika, der Sicherstellung der fossilen Energieressourcen und die Erschließung Nordafrikas als ausbaufähige Märkte für die französische Wirtschaft.

Zur Realisierung der MMU müssten alle EU-Staaten vom Konzept überzeugt sein und eine aktive Rolle übernehmen, da EU-Gelder fließen müssten. Dies ist schon aufgrund der skeptischen Haltung Deutschlands gegenüber der MMU unwahrscheinlich. „...die EU könne in ihrem Kernbereich zerfallen“ so Bundeskanzlerin Merkel. Hier ist ein Konflikt zwischen Deutschland und Frankreich bereits vorprogrammiert. Spanien und Italien sind ebenfalls skeptisch, was die eigene Rolle

sowie die Finanzierung der potenziellen Doppelstrukturen angeht. Doch auch für die Europäische Union stellt sich die Frage, welche Fortschritte sich mit der Mittelmeerunion erzielen lassen könnten, die nicht bereits im Barcelona-Prozess angelegt sind. Wieso sollten neue Strukturen geschaffen werden, wenn bereits alte vorhanden sind, die ausbaufähig sind. Sarkozy könnte demnach sein Engagement den bestehenden Strukturen widmen und diese erneut aktivieren. In diesem Fall würde jedoch Paris nicht das Zentrum werden, sondern Brüssel. Sarkozys Mittelmeerunion ist daher strikt auf die Interessen Frankreichs ausgerichtet: Frankreich möchte besonders im frankophonen Mittelmeerraum mehrere Aspekte miteinander verknüpfen: Sicherheitspolitik, illegale Flüchtlingsproblematik, die Frage des türkischen EU Beitritts, Ausbau vorhandener Märkte, Energiepolitik.

Eine MMU würde eindeutig Frankreichs Stellung in der EU und auch im Mittelmeer stärken und die Europäische Union in ihren (politischen) Strukturen schwächen. Der Hinterhof Frankreichs wäre durch diesen Schritt wirtschaftlich wie politisch erschlossen und auf eine sichere Kooperationsplattform transformiert. Dies würde jedoch auf Kosten der EU geschehen.

Die Maghrebstaaten, insbesondere Marokko, gelten als das Tor für Flüchtlinge aus Schwarzafrika nach Europa. Im Rahmen der geplanten Union könnte die illegale Einwanderung in die EU über die Maghrebstaaten erfolgreicher bekämpft werden, der Konflikt Spaniens mit den beiden Exklaven Ceuta und Mellila vor der Küste Marokkos hätte eine Plattform zur Beilegung, der Handel könnte verstärkt werden, die EU könnte durch Maßnahmen die maroden Staatsysteme reformieren helfen. Die bestehenden Instrumentarien einschließlich der ENP und des Barcelona-Prozesses, sieht Sarkozy nicht als ausreichend. Sarkozy möchte eine institutionelle Kooperation Frankreichs mit den Maghrebstaaten, wozu er aber die EU als Instrumentarium und Geldgeber braucht. Dabei stellt sich jedoch die Frage, ob neue Strukturen alte Konflikte beilegen können. Frankreich könnte auch im Alleingang versuchen, eine Mittelmeerunion zu verwirklichen. Doch sind Inhalte wie Migration, Terrorismus, Sicherheitspolitik, nachhaltige Entwicklung, Zugang zu (fossilen) Ressourcen Themen, die die gesamte Union betreffen und nicht im Alleingang eines Staates verfolgt werden können. Die EU müsste diese Themenfelder in die ENP integrieren, ohne neue Strukturen zu schaffen. Zur Umsetzung der MMU innerhalb der EU müsste daher zunächst die Grundsatzfrage geklärt werden, wie die EU ihre Nachbarschaftspolitik ausrichten soll, welche Politik Europa mit seinen Nachbarn verfolgen will und welche Instrumente hierzu nötig sind.

Die Schaffung von Parallelstrukturen durch einen Alleingang Frankreichs würde faktisch zu einer Schwächung der EU führen, eine Interessenskollision zwischen Frankreich und der EU wäre die direkte Folge. Sarkozy hat während seines Wahlkampfes die Stärkung der Außenpolitik deutlich kommuniziert, und betont, diese auch mit ausgesuchten Partnern gestalten zu wollen. Die MMU könnte demnach bei den Skeptikern als ein Konkurrenzprojekt zur EU verstanden werden. Sicherheitspolitisch könnte ein Alleingang Frankreichs zu Provokationen mit den USA ebenso wie mit der NATO führen.

9. Fazit

Mit dem Wachstum auf über 450 Mio. Einwohner und 27 Mitgliedsstaaten steht die EU vor der substanziellen Frage, wie sie mit weiteren Beitrittswünschen aufnahmewilliger Staaten umgeht, wie sich die EU selbst als Union definiert, welche Reformen der inneren Strukturen notwendig sind und wie sie mit ihren Nachbarn umgehen sollte. Um den Umgang mit Nachbarländern und beitragswilligen Staaten mit einem einheitlichen Instrument zu gestalten, wurde das Konzept der Europäischen Nachbarschaftspolitik entwickelt. Dieses Instrument verspricht den EU-Nachbarn weitergehende Kooperation als bisher.

Doch hilft diese Strategie nicht bei der Frage des türkischen EU-Beitritts. Daher haben Skeptiker der türkischen EU-Vollmitgliedschaft Alternativen der institutionellen Anbindung der Türkei an die EU entwickelt. Die von Bundeskanzlerin Merkel vorgeschlagene Privilegierte Partnerschaft wird zwar durch die Unionsparteien CDU/CSU im Parteiprogramm verfolgt, repräsentiert jedoch nicht die offizielle Politik Deutschlands. Die Koalitionspartei SPD dagegen befürwortet den Beitritt der Türkei. Darüber hinaus muss sich Berlin an bestehende Verträge halten, die jedoch ergebnisoffen formuliert sind. In Frankreich sind die Machtverhältnisse in der Regierung einfacher. Sarkozy kann seine ablehnende Position zum türkischen EU-Beitritt und seiner Idee einer Mittelmeerunion aufgrund zweier Faktoren ohne Einschränkungen verfolgen. Zum einen muss in Frankreich ein Referendum erfolgen, wenn ein Staat der EU beitreten möchte. In absehbarer Zeit wird die französische Bevölkerung einem türkischen Beitritt nicht zustimmen. Zum anderen muss Sarkozy auf keinen Koalitionspartner Rücksicht nehmen.

Der Unterschied der Modelle der Privilegierten Partnerschaft (PP) und der Mittelmeerunion (MMU) besteht darin, dass die PP speziell eine Antwort auf das türkische Beitrittsgesuch ist. Die MMU wurde als ein übergeordnetes, räumlich und inhaltlich differenziertes Konzept entwickelt, indem die Türkei eine tragende Funktion übernehmen sollte. Frankreich geht von einer ganzheit-

lichen Konzeption aus, indem die Türkei gleichberechtigt neben den arabischen Staaten und den EU-Mittelmeeranrainerstaaten ihren Platz bekommen und ihr Verhältnis zur EU in diesem Rahmen gestalten soll.

Die PP bietet der Türkei durch weiche Formulierungen eine Partnerschaft an, die bereits weitgehend durch verschiedene Instrumentarien besteht. Eine Konkretisierung oder Vertiefung der Kooperation kann aus dem Unionspapier nicht entnommen werden. Eine Partnerschaft mit der EU auf der sicherheitspolitischen Ebene besteht durch die ESVP und der NATO. Eine wirtschaftliche Kooperation ist seit 1995 durch die Zollunion ins Leben gerufen worden. Auf der politischen Ebene ist die Türkei in zahlreichen europäischen Gremien wie dem Europarat oder der OSZE Mitglied. Im Vergleich zur MMU würde die Türkei im Rahmen der PP zwar ihren Sonderstatus zur EU behalten, ihn jedoch nicht ausbauen können.

Die MMU verfolgt vor allem französische Interessen. Ob sich dieses Konzept in der EU durchsetzen wird, ist mehr als fraglich. Dennoch muss die EU angesichts der Lage an ihrer südlichen Grenze ein praktikables, effektives Instrumentarium entwickeln, um die Probleme im Sinne der EU zu bearbeiten und den Barcelona-Prozess, der offenbar ins Stocken geraten ist, wiederzubeleben. Dass die Türkei in einem solchen Prozess eine zentrale Rolle spielen kann, steht nicht in Frage. Doch ist eine wie auch immer geartete Einbindung der Türkei in die EMP und die ENP kein Ersatz für die Vollmitgliedschaft.

Dennoch muss sich die Türkei angesichts der ablehnenden Haltung mehrerer EU-Mitgliedsstaaten (Deutschland, Frankreich, Niederlande, Dänemark, Österreich), der europäischen Konservativen im EU-Parlament (EVP) wie auch eines Großteils der EU-Bürger mit alternativen Modellen wie die PP oder MMU auseinandersetzen. Frankreich könnte aufgrund des notwendigen Referendums bei einer Aufnahme eines neuen Mitglieds in die EU den Prozess stoppen. Darüber hinaus wird derzeit nach dem Einstimmigkeitsprinzip bei der Neuaufnahme von Mitgliedsstaaten verfahren. Dieses würde erst durch eine neue europäische Verfassung durch das Prinzip der qualifizierten Mehrheit abgelöst. Selbst dann ist ein im Sinne der Türkei positives Ergebnis keineswegs gesichert, je nach politischer Lage in den Mitgliedsländern und innerhalb der Union.

Derzeit stellen die Beitrittsperspektive und der Beitrittsprozess ein Instrument dar, die Türkei zu reformieren. Im Fall einer Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts könnten die Reformen stagnieren oder gar wieder rückgängig gemacht werden. Weltweit, besonders im islamischen Raum, könnte der Eindruck entstehen, dass die EU sich als christliche Union definiert und die Türkei

trotz ihres laizistischen Staatesystems aufgrund ihrer islamischen Bevölkerungsmehrheit keinen Platz in der EU hätte. Ob dies der Mittelmeer- und der Außenpolitik der EU dienlich wäre, ist fraglich.

10. Vergleichende Statistiken der Nicht-EU-Mitgliedsstaaten der Mittelmeerunion

Um einen Überblick über die geplanten Nicht - EU - Mitgliedsstaaten der Mittelmeerunion zu bekommen, scheint es sinnvoll, vergleichende Statistiken über die Staaten zu betrachten. Daraus sollen Unterschiede bezüglich der Größe, der Wirtschaftskraft und der Bevölkerungsstruktur erhalten werden.

Marokko

Das Königreich Marokko liegt im Nordwesten Afrikas und ist durch die Straße von Gibraltar vom europäischen Kontinent getrennt. Als westlichstes der drei Maghrebländer grenzt es im Norden an das Mittelmeer, im Westen an den Atlantischen Ozean und im Osten an Algerien. Marokkos Südgrenze ist wegen des Westsaharakonfliktes bis zum Abhalten eines VN-Referendums über die zukünftige Zugehörigkeit der Westsahara international umstritten. Nach der Unabhängigkeit 1956 von Frankreich und Spanien wird Marokko als konstitutionelle Monarchie regiert.



Länderstatistiken Marokko²³

Fläche	458.730 qkm
Einwohner (2006)	31,7 Mio.
Bevölkerungsschätzung für 2050	45 Mio.
Bevölkerungswachstum	1,6 %
Altersstruktur	30% unter 15 Jahre / 5% über 65 Jahre
Lebenserwartung	70 Jahre
Religion	89 % Muslime
Einwohner pro Arzt	1900
Analphabeten	Männer 34 % / Frauen 60 %
BSP / Kopf (2006)	1.702 US \$
Bruttoinlandsprodukt (2006)	50,26 Mrd. US \$
Handelsdaten Export 2004	
Exportvolumen 2004	9,6 Mrd. US \$
Konsumgüter (Hauptexportgüter)	37 %
Halbwaren (Phosphorsäure, Transistoren, Düngemittel)	21%
Nahrungsmittel	16 %
Investitionsgüter	8 %
Rohstoffe	7 %
Handelspartner Export 2004	
Frankreich	33 %
Spanien	17 %
Großbritannien	8 %
Italien	5 %
EU Gesamt	67 %
Handelsdaten Import 2004	
Handelsvolumen Import	14,9 Mrd. US \$
Industrielle Vorprodukte und Halbwaren	23 %
Konsumgüter	23 %

²³ Quelle: Auswärtiges Amt, Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Investitionsgüter	21 %
Rohöl	9 %
Nahrungsmittel	9 %
Brennstoffe	7 %
Handelspartner Import 2004	
Frankreich	18 %
Spanien	12%
Italien	7 %
Deutschland / Russland	Je 6 %
Saudi Arabien	5 %

Quelle: Auswärtiges Amt, Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Algerien

Die Demokratische Volksrepublik Algerien ist ein Staat im Norden Afrikas. Als das mittlere der Maghrebländer ist Algerien nach Sudan und vor der Demokratischen Republik Kongo das zweitgrößte Land des afrikanischen Kontinents. Es grenzt im Norden an das Mittelmeer, im Westen an Mauretanien, Marokko und die von Marokko beanspruchte Westsahara, im Süden an Mali und Niger und im Osten an Libyen sowie Tunesien. Gemäß der Verfassung von 1996 ist Algerien eine Präsidentialrepublik mit einem alle fünf Jahre durch das Volk gewählten Staatsoberhaupt an der Spitze (einmalige Wiederwahl).



Quelle: <http://www.mygeo.info>

Länderstatistiken Algerien

Fläche	2.381.741 qkm
Einwohner (2006)	33.5 Mio.
Bevölkerungsschätzung für 2050	50 Mio.
Bevölkerungswachstum	1,7 %
Altersstruktur	31% unter 15 Jahre / 5% über 65 Jahre
Lebenserwartung	71 Jahre
Religion	Fast 100 % Muslime, Minderheiten Christen
Einwohner pro Arzt	880
Analphabeten	Männer 20 % / Frauen 40 %
BSP / Kopf (2006)	6.322 US \$
Bruttoinlandsprodukt (2006)	50,26 Mrd. US \$
Handelsdaten Algerien 2005	
Exportvolumen 2005	32 Mrd. US \$
Rohöl, Erdgas,	97 %
Handelspartner Export 2005	
USA	23 %

Italien	17 %
Spanien	11 %
Frankreich	11%
Niederlande	7 %
Handelsvolumen Import 2004	
Handelsvolumen Import	17,7 Mrd. US \$
Industrierausrüstungsgüter	36 %
Produktionsgüter	35 %
Halbwaren	21 %
Nahrungsmittel	20 %
Rohwaren	5 %
Handelspartner Import 2004	
Frankreich	23 %
Italien	9 %
Deutschland	7 %
Spanien	5 %
EU Gesamt	44 %

Quelle: Auswärtiges Amt, Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

Algerien hat als einziges maghrebisches Land ein Überschuss von 14,3 Mrd. US \$ im Handelsvolumen. Die Schwerpunkte im industriellen Bereich liegen bei der Erdöl- und Erdgasverarbeitung sowie bei der Eisen- und Stahlindustrie und den darauf basierenden Metall verarbeitenden Zweigen. Hinzu kommen die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die Düngemittelproduktion und die Baustoffindustrie. Das rohstoffreiche Land bietet besonders für Europa aufgrund der geographischen Nähe und dem Rohstoffreichtum Möglichkeiten wirtschaftlicher Kooperationen. Sie ist mit 47 % ein wichtiger Handelspartner für Algerien, sowohl im Export als auch im Import.

Tunesien

Die Präsidentialrepublik Tunesien liegt im Nordwesten Afrikas und hat Marokko im Westen und Libyen im Osten als die beiden einzigen Nachbarstaaten. Als nördlichster Staat Afrikas liegt es nur 140 KM von Sizilien entfernt. Seinen Namen hat Tunesien von ihrer Hauptstadt Tunis. Gemäß der Verfassung von 1959, zuletzt geändert 2002, ist Tunesien eine Präsidentialrepublik. Der direkt vom Volk für fünf Jahre gewählte Staatspräsident ist zugleich Oberbefehlshaber der Streitkräfte und ernennt den Ministerpräsidenten.



Quelle: <http://www.mygeo.info>

Länderstatistiken Tunesien

Fläche	163.610 qkm
Einwohner (2006)	10 Mio.
Bevölkerungsschätzung für 2050	12 Mio.
Bevölkerungswachstum	1,1 %
Altersstruktur	27 % unter 15 Jahre / 6% über 65 Jahre
Lebenserwartung	73 Jahre
Religion	99,4 % Muslime, Sonstige
Einwohner pro Arzt	680
Analphabeten	Männer 17 % / Frauen 45 %
BSP / Kopf (2006)	2.380 US \$
Bruttoinlandsprodukt (2006)	23 Mrd. US \$

Handelsdaten Export 2005	
Exportvolumen 2005	9 Mrd. US \$
Textilien, Schuhe und Strickwaren	37 %
Erdöl	5 %
Elektrische Leitungen und Kabel	4 %
Handelspartner Export 2005	
Frankreich	33 %
Italien	25 %
Deutschland	9 %
Spanien	6 %
EU Gesamt	78 %
Handelsdaten Import 2005	
Handelsvolumen Import	11,6 Mrd. US \$
Konsumgüter	32 %
Roh –und Halbwaren	31 %
Maschinen	21 %
Ölprodukte	9 %
Lebensmittel	6 %
Handelspartner Import 2005	
Frankreich	25 %
Italien	19 %
Deutschland	9 %
Spanien	5 %
EU Gesamt	62 %

Quelle: Auswärtiges Amt, Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Tunesien hat einen Defizit in der Außenhandelsbilanz von 2, 6 Mrd. US \$. Hauptsächlich wird dies durch die Arbeitsmigranten in Europa und durch den Tourismus gedeckt. Die Handelsbeziehungen zwischen Tunesien und den Mitgliedsstaaten der EU sind stark ausgebaut. Die EU stellt mit 78 % den stärksten Handelspartner dar.

Türkei

Die Republik Türkei im östlichen Mitteleerraum ist seit der Republikgründung 1923 ein laizistischer Staat in der islamischen Welt, das mit der Europäischen Union auf der institutionellen Ebene verbunden ist. Hierzu zählt u.a. der Status des EU Beitrittskandidaten, Mitglied in der Zollunion, Mitglied im Europarat, Mitglied der europäischen Außen – und Sicherheitspolitik und NATO- Mitglied. Nach der Erweiterungsrunde 2007 hat sie nunmehr Grenzen mit zwei Staaten der Europäischen Union. Im Osten grenzt sie an politisch instabile Krisenregionen, die besonders durch ihre Ressourcenreichtum im Fokus der Internationalen Politik stehen.²⁴

Länderstatistiken Türkei

Fläche	814.578 qkm
Einwohner (2006)	75,8 Mio.
Bevölkerungsschätzung für 2050	82,2 Mio.
Bevölkerungswachstum	1,4 %
Altersstruktur	28,3 % unter 15 Jahre / 5,9 % über 65 Jahre
Lebenserwartung	72,62 Jahre
Religion	92,6 % Sunnitische Muslime, Sonstige (Juden, Christen 7,4 %)
Einwohner pro Arzt	859
Analphabeten	Männer 6 % / Frauen 18 %
BSP / Kopf (2006)	5.016 US \$
Bruttoinlandsprodukt (2006)	400,65 Mrd. US \$
Handelsdaten Export 2006	
Exportvolumen 2006	85, 14 Mrd. US \$
Bekleidung	14,1 %
KfZ	13,8 %
Textilien	8,9 %
Maschinen	6 %
Handelspartner Export 2005	
Russland	12, 8 %
Deutschland	10,6 %
China	7 %

²⁴ Im Nordosten grenzt sie an die drei Kaukasusstaaten Georgien, Armenien und Aserbaidshan, im Osten an den Iran und im Süden an Syrien und Irak.

Italien	6,3 %
EU Gesamt	40 %
Handelsdaten Import 2005	
Handelsvolumen Import	137, 3 Mrd. US \$
Maschinen	12,1 %
Erdöl	12 %
KfZ	8,1 %
Eisen und Stahl	5, 8 %
Handelspartner Import 2005	
Deutschland	11,4 %
Großbritannien	8 %
Italien	7,9 %
USA	5,9 %
EU Gesamt	51,6 %

Quelle: Auswärtiges Amt, Bundesagentur für Außenwirtschaft. Servicestelle des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

Im Vergleich der Länder- und Wirtschaftsstatistiken der drei Maghrebstaaten Algerien, Tunesien und Marokko liegt die Türkei in der Wirtschaftskraft wie auch im Human Resource Index deutlich vorne. Durch die Regierungsübernahme der konservativ-islamisch orientierten AKP Ende 2002 hat sich die politische Lage stabilisiert, wodurch ein wirtschaftsfreundliches Klima geschaffen werden konnte. Dies hat zu einer Vermehrung der Auslandsinvestitionen und gleichzeitig der Senkung der Arbeitslosigkeit geführt. Das Wirtschaftswachstum lag 2006 bei sechs Prozent. Die Handelsbilanz konnten durch die hohen Importe nicht ausgeglichen werden, wodurch ein Außenhandelsdefizit von 19,8 % entstand. Nach 1976 konnte die AKP Regierung im Jahre 2006 den erfolgreichsten Haushalt mit einem Minus von 3,9 Mrd. \$ verabschiedet werden.

Alle vier Staaten sind wirtschaftlich eng an die Europäische Union gekoppelt. Die Maghrebstaaten wie die Türkei profitieren durch ihre geographische Nähe und ihrer historischen Verbundenheit zu einem der wirtschaftsstärksten Regionen der Welt. Die Maghrebstaaten tätigen etwa 2/3 ihres Gesamthandels mit der EU, bei der Türkei liegt dieser Wert bei ca. 53 %.²⁵

²⁵ Zu den Statistiken siehe eurostat 2006.